

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **08. Mai 2018** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.15** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

---

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **17** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

**Martina Weinbrecht (V)**  
**Tobias Zorn (V)**  
**Harald Denecken (V)**

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

**Rechnungsamtsleiter Axel Grether**  
**Bauamtsleiterin Patricia Arnold**

### **Zu TOP 2:**

Seniorenbüro der Stadt Karlsruhe: **Anett Höfle, Sozialplanung für die ältere Generation**

### **Zu TOP 3:**

Stadtplanungsamt Karlsruhe: **Kristina Fries**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass  
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **25.04.2018** ordnungsgemäß eingeladen, und  
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **03.05.2018** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:  
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.:      Umbesetzung der Ausschüsse des Ortschaftsrates  
schriftliche Vorlage Nr. 84/2018**

Durch das Ausscheiden von Frau Dr. Stephanie Hugenschmidt und dem Nachrücken von Herr Hubert Kast in den Ortschaftsrat wird auch eine Neu- bzw. Umbesetzung der Ausschüsse erforderlich.

Frau Dr. Hugenschmidt war Mitglied in folgenden Gremien:

|                       |   |                |
|-----------------------|---|----------------|
| Verwaltungsausschuss  | - | Mitglied       |
| Technischer Ausschuss | - | Stellvertreter |
| Schulbeirat           | - | Mitglied       |

Die GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion wurde um Vorschläge zur Umbesetzung der genannten Gremien gebeten und unterbreitete folgenden Vorschlag:

Hubert Kast wird Mitglied des Verwaltungsausschusses, im Technischen Ausschuss (für Karin Heidke) wird er Stellvertreter. Im Schulbeirat ist Karin Heidke Mitglied und Hubert Kast ihr Stellvertreter.

Fraktionsvorsitzende Dr. Dorothea Hansis gibt dazu bekannt, dass Ortschaftsrätin Karin Heidke weiterhin als Urkundsperson für Protokolle fungieren soll.

Es kommt einstimmig zum

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat stimmt der vorgeschlagenen Umbesetzung der Ausschüsse zu.

**Zu Punkt 2 der T.O.:      Altenhilfeplanung in Neureut  
mündlicher Vortrag**

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Anett Höfle vom Seniorenbüro/ Pflegestützpunkt der Stadt Karlsruhe und für Sozialplanung für die Ältere Generation zuständig, recht herzlich.

Einleitend erinnert er daran, dass das Thema bereits am 27. Februar 2018 vom Ortschaftsrat behandelt wurde und nun ergänzt werde.

Dazu trägt Annett Höfle weitere Informationen vor, besonders auch Erläuterungen zur Ermittlung der Bedarfe.

Zu Beginn bietet Höfle Vorort-Veranstaltungen an und gibt die Ansprechpartnerin des Seniorenbüros für Neureut bekannt.

Es sei zur Planung von Pflegeplätzen nicht einfach, konkrete Zahlen zu ermitteln, so Höfle und führt unter anderem Datenschutzgründe an. Ein wesentlicher Aspekt sei, dass Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften nur immer rückwirkend zur Verfügung stehen – so können beispielsweise erst 2019 Daten von 2017 ausgewertet werden. Es gebe keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Pflegplatz – im Altenhilfebereich sei dies nicht wie bei den Kindergärten geregelt. Im Pflegebereich sei man der Marktwirtschaft ausgesetzt – das bedeute, dass der Markt das Angebot regle. Man versuche jedoch immer, mit Anbietern in Kontakt zu treten. Kommunen verfügen jedoch nur bedingt über Steuerungsmöglichkeiten, erklärte die Fachfrau für Altenhilfe.

So könne sie dem Gremium keine gesicherten Daten zur Verfügung stellen, außer aus 2013 und in der Fortschreibung 2015. Dies diene zur groben Orientierung und liefere Tendenzen.

Sie listet im Anschluss als bisherige Informationsgrundlagen das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Neureut 2020, die Stadtentwicklung Neureut – Bestandsaufnahme und Beteiligungsprozess 2013-2015, den Statistikatlas Karlsruhe <https://www.karlsruhe.de/b4/stadtentwicklung/statistik>, die Statistischen Jahrbücher Karlsruhe, die Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2035, die Bedarfsentwicklung in der stadtteilbezogenen Versorgung Pflegebedürftiger sowie die PowerPoint-Präsentation am 27.02.2018 von Ortsvorsteher Achim Weinbrecht und SPD-Ortschaftsrat Jürgen Marin, auf.

Grundlagen für die Altenhilfeplanung stellen bei der Kommunalen Altenhilfe das Bundessozialhilfegesetz (BSHG)/§ 75, Abs. 1 dar: Altenhilfe soll dazu beitragen, "Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen."

Für die Kommunale Altenhilfe-Planung wird die Ermittlung von Bedarfen, Erhebung und Analyse von Daten sowie ein Planungsprozess mit relevanten Akteuren und die Entwicklung von Maßnahmen und Zielen ebenso bedeutsam wie die Ermittlung von Bedarfen aus dem stationären, teilstationären, ambulanten und offenen Altenhilfebereich.

Als Quellen für die Ermittlung von Bedarfen werden das Statistisches Bundesamt (Destatis), das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, das Amt für

Stadtentwicklung der Stadt Karlsruhe – Bereich sowie die Statistikstelle mit eigenen Erhebungen und Auswertungen herangezogen.

Die Datenerhebung in der Altenhilfe richtet sich nach gesetzlichen Grundlagen und auch nach der Pflegeversicherung (1995) – Teilkostenversicherung, Angebote der Pflege – Marktwirtschaft, Gesetzlicher Anspruch versus fehlender gesetzlicher Anspruch, Valide Daten versus Tendenzen (grobe Orientierung).

Die Fachfrau erläutert auch, wie die stadtteilspezifische Anzahl an Pflegebedürftigen ermittelt werde.

So erfolgt die Vorausberechnung der Zahlen und Struktur der Pflegebedürftigen auf der Basis der Betroffenheit der Bevölkerung hinsichtlich Pflegebedürftigkeit zu einem Stichtag. Dabei wird angenommen, dass die Betroffenheit der Bevölkerung von Pflegebedürftigkeit sich gegenüber dem Stichtag nicht verändert und auch die Betroffenheit von Pflegebedürftigkeit in Karlsruhe und allen Stadtteilen gleich ist. Mittels einer Beispielberechnung an einem Stichtag verdeutlicht Annett Höfle die Berechnung:

Bei den Daten zu Neureut greift die Vortragende auf die Zahlen von 2013 zurück. So gab es damals in Neureut 539 Pflegebedürftige, davon bezogen 199 (36,9%) stationäre Pflegegeldleistungen, 97 (18%) bezogen ambulante Pflegegeldleistungen. 45,1% (243 Personen) nahmen Pflegegeldleistungen in Anspruch.

Der Anteil der älteren Bevölkerung, so Höfle weiter, steige in den Stadtteilen an, dabei liege Neureut sogar über dem Durchschnitt, gibt sie bekannt. Im Mai 2018 existieren in Neureut 84 stationäre Plätze. Bis 2030 gebe es hier voraussichtlich eine Zunahme von 53 Personen für Pflegeplätze (Stand 2013).

Am Ende ihrer Ausführungen zieht Annett Höfle die Schlussfolgerung, dass der Bedarf an allen Versorgungsformen für die ältere Generation in Neureut gegeben sei. Neureut benötige für seine Bürgerinnen und Bürger Versorgungsformen im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich. Unter Einbezug aller vorhandener Strukturen und Angebote, den Aspekten der Prävention, Gesundheit, Teilhabe und Miteinander, wohnortnahen und Lebenslagen der Bewohner ausgerichteten Angebotsstruktur.

Das Seniorenbüro wisse um die Bedarfe und benennen dies immer wieder in der Politik und in den Gremien, erfährt **Ortschaftsrat Jürgen Marin** von ihr auf eine

Frage. Jedoch, so Höfle, habe man als Kommune nur bedingt eine Steuerungsmöglichkeit. Man könne mit den Wohlfahrtsverbänden versuchen, über das Liegenschaftsamt bzw. Bauordnungsamt, Möglichkeiten für Grundstücke/Bebauung zu geben, man könne als Kommune aber keine Pflegeheime bauen.

Der Bedarf an Versorgungsformen sei in Neureut vorhanden, wobei der Fokus auf dem ambulanten Bereich liege, verdeutlicht sie. Denn ambulant vor stationär ist ein Grundprinzip. Man möchte stationäre Plätze erhalten und man brauche sie, jedoch wünsche die Bevölkerung eher, so lange wie möglich daheim in Form der ambulanten Unterstützung versorgt zu werden.

Das städtische Seniorenbüro bzw. Altenhilfe arbeite intensiv mit der Volkswohnung zusammen und versuche, dass bei einer Bebauung Pflegewohngemeinschaften mit einbezogen werden.

Auf die Frage von Ortschaftsrat Jürgen Marin, wie viele Beratungsangebote für pflegende Angehörige, besonders auch im Demenzbereich, es in Neureut gebe, verspricht sie, diese auf Wunsch nachzureichen.

**Ortschaftsrat Herbert Böllinger** will wissen, weshalb die Stadt keine Pflegeheime bauen könne und erinnert dazu an die Volkswohnung. Dazu sagt Höfle, die Volkswohnung sei ein Bauunternehmen, das auf dem Markt agieren könne. Man sei mit ihr in Verhandlung über den Bau eines Pflegeheimes von einer gewissen Größe. Es gebe immer wieder Anfragen vom Seniorenbüro und dieses werde auch bei freiwerdenden Grundstücken und Bauplätzen berücksichtigt.

Jedoch müsse auch die Volkswohnung wirtschaftlich denken und könne bei ihrer Planung frei entscheiden, wie sie sie umsetze.

In diesem Zusammenhang erinnert **Ortschaftsrat Jürgen Marin** auch an entsprechende Stiftungen der Stadt Karlsruhe, die in diesem Feld tätig seien. Zudem ruft er nochmals den Ausgangspunkt der SPD-Anfrage in Erinnerung, nämlich dass in Neureut Neubaugebiete anstehen und es einen Bedarf x in verschiedenen Bereichen der Altenhilfe von ambulant bis vollstationär haben werde. Hierfür sei eine Fortschreibung wichtig. Man benötige statistische Daten, mit denen der Ortschaftsrat entscheiden könne, welche Größenordnung an Bedarfen in Neureut vorhanden sein werde, um sich frühzeitig mit dem Amt für Stadtentwicklung in Verbindung setzen zu können. Denn man müsse schauen können, in welchem Neubaugebiet eine Einrichtung am besten passe. Das sei der Hauptansatz gewesen, weshalb seine

Fraktion das Ganze ins Rollen gebracht habe. Er stellt in Frage, ob es bei 4-5 geplanten Baugebiete sinnvoll sei, immer nur in einem Baugebiet zu denken? Er erachte dies als nicht sinnvoll.

**Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** untermauert, sie sei sehr dankbar, in Neureut ein so vielfältiges Angebot mit hoher Kompetenz und Anerkennung in der Bevölkerung zu haben. Es sei ganz wichtig, dass die Menschen zufrieden sind. Dabei verweist sie auch auf die Tatsache, ältere Neureuter Bürger müssten in andere Stadtteile oder ins Umland ausweichen. So sollten Politik und Wohlfahrtsverbände gemeinsam mit dem Seniorenbüro in die Zukunft planen, hierauf müsse ganz stark das Augenmerk gerichtet werden. Bereits sehr früh habe der Neureuter Ortschaftsrat deshalb darum gebeten, bei der Bebauung von Zentrum III solch eine Einrichtung zu berücksichtigen.

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Informationen zur Altenhilfeplanung in Neureut zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 3 der T.O.:      Vorstellung der Jury-Ergebnisse zum Rahmenplan Neureut-Zentrum III mündlicher Vortrag**

Recht herzlich begrüßt der Vorsitzende **Kristina Fries** vom **Stadtplanungsamt**.

Dabei gibt er den Termin für den öffentlichen Workshop bekannt, der am 16. Mai um 18 Uhr, in der Badnerlandhalle stattfindet und bei dem Bürgerinnen und Bürger zum Rahmenplan noch Anregungen geben können.

Fries stellt die Ergebnisse des Städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Rahmenplan Karlsruhe Neureut-Zentrum III“ dem Gremium vor.

Hierfür tagte im April das Preisgericht und die Ergebnisse des Wettbewerbs sind im Beisein von Baubürgermeister Michael Obert sowie Ortsvorsteher Achim Weinbrecht und weiteren Jurymitgliedern der Öffentlichkeit im Alten Schlachthof vorgestellt worden – das Stuttgarter Büro „pesch partner architekten stadtplaner GmbH“ mit Helleckes Landschaftsarchitektur aus Karlsruhe überzeugte mit seinem Rahmenplan die Jury.

Einführend skizziert Fries nochmals die Wettbewerbsaufgabe, die die gestalterische und konzeptionelle Überplanung ehemals landwirtschaftlich genutzter Fläche, ein zukunftsweisendes und innovatives städtebauliches Konzept, die Berücksichtigung der Wohnraumanforderungen und Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungs- und

Einkommensgruppen, eine qualitative, gut ausgebildete Freiraumstruktur sowie ein modernes Verkehrskonzept beinhaltet.

Zudem präsentiert die Stadtplanerin zwei Arbeiten, die mit einer Anerkennung ausgezeichnet wurden sowie die Modelle der 2. und 3. Preisträger mit ihren Stärken und Schwachpunkten.

Das Preisgericht analysiert den Siegerentwurf, der von vier Siedlungsabschnitten geprägt sei, die in sich funktionierende Quartiere bilden und gleichzeitig sehr differenziert auf dem vorhandenen heterogenen Baubestand reagieren. Besonders gelungen sei in dieser Arbeit die in der Landschaftsplanung und städtebaulichen Entwicklung homogenen und insgesamt herausgearbeiteten Leitidee einer differenzierten Öffnung und Verengung der Baustrukturen, öffentlichen Räumen und Freiflächen.

Wichtiges Kernstück ist die Landschaftsplanung mit Freiflächen und öffentlichen Räumen. Nach Südosten öffnet sich die Fläche schrittweise zu einer naturnahen Fläche. Als Baukörper bilden Kita und seniorengerechtes Wohnen den südlichen Abschluss zum Landschaftsraum. Gegenüber liegt im Modell ein Mehrgenerationenhaus.

Beim Entwurf des 1.Preisträgers sei das Besondere das Freiraumkonzept gewesen, betont Kristina Fries. Hier gebe es eine hierarchische Abstufung in den übergeordneten Landschaftsraum. Es sei eine schöne Öffnung nach Süden mit der Kaltluftschneise dargestellt. Sehr schön gelöst sei der Quartiersmittelpunkt als gliederndes Element zum Landschaftsraum. Die Straßenbahnlinie sei in das eine Quartier integriert. Mit der Wegeverbindung zur Kirche hin habe man eine sehr schöne Eingangssituation, die auch noch vergrößert werden könnte.

Bei diesem Entwurf gebe es keine Aussage zum Verbleib des Bades – der aber auch in dem Bereich mit dem kleinen offenen Platz denkbar wäre, wo auch der jetzige Baumbestand erhalten bleiben könne.

Es sei der Entwurf mit der größten Dichte, weist Fries hin.

Wichtig bei diesem Entwurf sei, dass es sich um eine Grundlage zur weiteren Überarbeitung handle. Jetzt sei es keine feste Planung. Die Jury habe als Auflage bei der Bewertung mit hineingenommen, dass die Dichte deutlich reduziert werden müsse. Dabei müsse die Eckausbildung der Quartiere nochmals überdacht werden. Gerade auch in Richtung Kirchfeld solle weiter geöffnet werden, was in diesem Bereich als Schwachpunkt gesehen wurde und zu eng war. Die Körnung der Bebauung lasse hier unterschiedliche Wohntypologien zu.

Bezüglich der Dichte führt die Stadtplanerin weiter an, dass dieser Entwurf zwar die größte Dichte habe, dieser aber besser reduziert werden könne wie beispielsweise beim denjenigen Entwurf des zweiten Preisträgers.

Etwas schade bei diesem Entwurf sei, dass z.B. im Bereich der Schule kein Freiraum zugeordnet worden sei. Es gebe durchgängige Tiefgaragen zur Vermeidung des Individualverkehrs, dennoch sei bei diesem Konzept ein erhöhter Erschließungsanteil vorhanden. Gerade entlang der Neureuter Querallee sollen nochmals überdacht werden, wie die Tiefgaragenzufahrten liegen sollte, weil es zu Mehrverkehr kommen könnte – das müsse bei der Überarbeitung geprüft werden. Das solle auch im Workshop nochmals behandelt werden.

Bei der Präsentation der verschiedenen Ansichten der Planung weist sie auf die „Neureuter Terrasse“ und die verschiedenen Eingangssituationen in das Quartier hin. Beim Quartiersmittelpunkt mit Einkaufsmöglichkeiten, erinnert sie an den Wunsch aus den Reihen des Ortschaftsrates nach einem kleinen Biomarkt, wobei allerdings fraglich sei, ob dieser komme. An dieser Stelle wäre auch eine Nutzung als Festplatz möglich.

Keine Aussage über den Verbleib des Bades am heutigen Standort sind bei diesem Entwurf getroffen worden. Positiv bewertet wurde, dass der Architekt die Straßenbahn in das Wohnquartier gut einbezogen habe.

Außerdem blickt Fries sie auf den 13. April zurück, wo die Preisgerichtssitzung gewesen sei und die vorgestellten Arbeiten gekürt wurden. Am 16. Mai findet in der Badnerlandhalle der öffentliche Workshop statt, bei dem Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, Wünsche und Anregungen miteinzubringen, die gesammelt werden und bei der Überarbeitung des Siegerentwurfes zugrunde liegen.

Am Ende der Ausführungen betont der Vorsitzende, bei der Beurteilung des Siegerentwurfes sei das Juryergebnis einstimmig gewesen.

Kritisch betrachtet das Gremium bei der sich anschließenden Diskussion abermals die Dichte der Bebauung.

In den Ausschreibungsunterlagen war eine Dichte von 150 Einwohnern je Hektar vorgesehen, was rund 2500 Einwohner im Planungsgebiet bedeute, erfährt **Ortschaftsrat Klaus Bluck** auf eine entsprechende Nachfrage. Beim Siegerentwurf

sind es jedoch 200 Einwohner je Hektar. Hier bedeute es, herunterzugehen, untermauert er.

Dazu betont auch der Vorsitzende, dass der Siegerentwurf am besten geeignet sei, die Dichte reduzieren zu können, darüber sei sich die Jury einig gewesen.

Auch **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** regt an, am östlichen Rand einen der drei dort vorgesehenen Wohnblöcke entweder zu halbieren oder ganz herauszunehmen. Sie finde am Entwurf seine Vielseitigkeit sehr positiv. Er setze nach Westen hin die Bebauung fort, die nicht so ländlich sei wie der alte Ortskern. Es seien viele Auflagen gemacht worden, was die Überarbeitung anbelange, wie Dichte oder der grünere Bereich um die Schule etc. Der Entwurf habe viele sympathische Ansätze. Auch sie plädiert dafür, dass die Dichte reduziert werde, worum sich alle bemühen werden. Für sie sei die Öffnung nach Süden ein ganz überzeugendes Kriterium gewesen. Insgesamt beurteilt sie den Sieger als gelungenen Entwurf, bei dem noch vieles zu überarbeiten sei, denn es handle sich hier um einen Rahmenplan.

Die Grundsatzentscheidung für den Siegerentwurf basiere auf der Grundstruktur, die zulasse, dass eine Verdichtung stark reduziert werden könne, unterstreicht **Fraktionsvorsitzender Dieter König**. 200 Einwohner je Hektar würden 3000 Einwohnern entsprechen, rechnet König vor, 150 Einwohner bedeuteten für das Quartier 2500. Die Forderung sei jedoch ganz klar gewesen, Richtung 2000 Einwohnern zu gehen. Zum Thema Infrastruktur führt er an, dass dies mit den Tiefgaragen ganz gut gelöst sei. Die Straßenbahntrasse gehe ins Wohngebiet hinein und die Haltestelle befinde sich dort zentral.

Zum „Grünzug“ bestätigt er, dass die Öffnung ins freie Feld eine optimale Frischluftzufuhr zulasse. Um mehr Freiraum zu schaffen, schlägt er beispielsweise eine fünf- statt viergeschossiger Höhe der Bebauung vor.

Als positiv empfinde seine Fraktion, so **Ortschaftsrat Thomas Metzger**, dass hier keine monotone Reihenhausssiedlung entstehen solle. Wegen des hohen Wohnraumbedarfs wird eine 4-5 geschossige Bebauung als angebracht beurteilt. Hinsichtlich der Dichte schloss auch er sich der Meinung an, dass maximal 2000 Einwohner in diesem Bereich kommen sollten. Ein Biomarkt werde schon lange von der Bevölkerung in Neureut gefordert. Gewachsene Strukturen, die sich bewährt haben, müssen erhalten bleiben, meint Metzger im Hinblick auf den Jugendtreff, Schwimmbad und Festplatz. Für ein besseres Klima sollte man im Zentrum an einen Springbrunnen oder eine Wasserfläche denken, regt er an.

Sicherlich sei der Entwurf gelungen, so **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht**, dennoch könne er so nicht in die Lobeshymnen seiner Vorredner mit einstimmen. Leider sei jedoch der „Charakter von Neureut“ im Siegerentwurf nicht ganz erkennbar, der darin hätte aufgenommen werden sollen, wie er meint. Geplant sei, wie auch die Vorredenden bereits ausgeführt hatten, eine sehr starke Verdichtung. Dies spiegle so nicht den Ortscharakter von Neureut wieder. Sehr deutlich sei hier eine städtische Handschrift, wie beispielsweise auch in der Südstadt Ost, erkennbar. Schön wäre es beispielsweise gewesen, wenn Richtung Norden, wo die Einfamilienhäuser stehen, ein Abstufung bzw. Auflockerung der Häuser in eine andere Bebauungsart übergegangen wäre. Der Siegerentwurf sei sicherlich der Gelungenste unter den eingereichten gewesen, jedoch mit der Einschränkung, dass der Charakter Neureuts darin nicht so aufgenommen werde, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Abschließend betont der Vorsitzende, bei dem Rahmenplan seien noch keine Aussagen darüber gemacht, um welche Gebäudeformen oder -typen es sich handle, sondern nur Kubaturen. Letztendlich werde dies der Bebauungsplan bzw. die Überarbeitung des Entwurfes regeln.

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Vorstellung der Jury-Ergebnisse zum Rahmenplan Neureut-Zentrum III zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 4 der T.O.:      **Bekanntgaben der Ortsverwaltung****

#### **4.1 Der Vorsitzende informiert:**

- Einladung zum öffentlichen Workshop „Rahmenplan Neureut Zentrum III“ in der Badnerlandhalle am 16. Mai 2018 um 18 Uhr.
- Zur Baumaßnahme Grabener Straße gibt er bekannt, dass die Ausschreibung momentan laufe, die Submission erfolge am 29. Mai, der Bauausschuss tagt darüber am 29.06.18, der Baubeginn werde am 16. Juli sein. Die Baumaßnahme werde in mehreren Etappen erfolgen, die genaue Zahl stehe noch nicht fest. Dies wird aber rechtzeitig bekannt gegeben. Das Bauende ist auf Ende April 2019 terminiert.

**Zu Punkt 5 der T.O.:      **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat****

**5.1 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** erinnert daran, dass es an Neureuter Schulen aktive Schulsozialarbeit gebe. Zu diesem Thema habe der Rat in der Vergangenheit Berichte gehört. Sicherlich sei es interessant, dazu wieder einmal einen Sachstandsbericht zu hören, regt sie an. Es gebe mittlerweile auch Sozialarbeit am Schulzentrum, ergänzt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**.

**Antwort:**

Unter Verweis auf die gegenwärtig mit Tagesordnungspunkten gut gefüllten Ortschaftsratssitzungen wird die Anregung gerne unter dem Punkt „Schulen“ auf die Tagesordnung einer Sitzung nach den Sommerferien genommen.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: